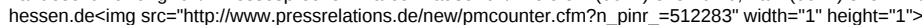




Hessen lehnt jährliche TÜV-Pflicht ab

Hessen lehnt jährliche TÜV-Pflicht ab
Rentsch: Mehr Kosten und Bürokratie, aber nicht mehr Sicherheit
Hessens Verkehrsminister Florian Rentsch lehnt eine jährliche TÜV-Hauptuntersuchung für Personenwagen ab. "Für eine solche Verschärfung gibt es keine ausreichende technische Begründung", erklärte Rentsch anlässlich der heutigen Sonderkonferenz der EU-Verkehrsminister. "Ein Sicherheitsgewinn ist nicht erkennbar, wohl aber höhere Kosten für Autofahrer und mehr Bürokratie." Die EU-Kommission schlägt vor, dass Personenkraftwagen, leichte Nutzfahrzeuge, Anhänger, Sattelaufzieger, zwei- und dreirädrige Fahrzeuge sowie schwere Zugmaschinen erstmals nach vier Jahren zur Hauptuntersuchung sollen. Vom siebten Jahr an sollen sie - unabhängig vom Kilometerstand - jährlich zur Prüfung. Verkürzung der Fristen nicht zu begründen
Rentsch verwies auf die Unfallstatistik, nach der nur jeder tausendste Verkehrsunfall auf technische Mängel zurückzuführen ist: "Rückschlüsse auf das Alter der betreffenden Fahrzeuge lässt die Statistik nicht zu. Daher ist eine Verkürzung der Fristen nicht zu begründen. Deutschland hat eine gute Regelung, nämlich für Personenkraftwagen erstmals nach drei Jahren und danach alle zwei Jahre." "Hessen will genauso wie die EU-Kommission mehr Sicherheit und Umweltschutz. Deshalb wäre ein einheitlicher Standard der Sicherheitsuntersuchungen in Europa sinnvoll. Das darf allerdings nicht dazu führen, dass das hohe deutsche Niveau abgesenkt wird", erklärte der Minister.
Pressestelle: Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung
Pressesprecher: Marco Krause
Telefon: (0611) 815 20 20, Fax: (0611) 815-2225
E-Mail: marco.krause@hmwwl.hessen.de


Pressekontakt

Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung

65185 Wiesbaden

marco.krause@hmwwl.hessen.de

Firmenkontakt

Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung

65185 Wiesbaden

marco.krause@hmwwl.hessen.de

Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung